

Laibacher Zeitung.



Nr. 37.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 15. Februar

Insertionspreis für 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 50 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. den Honorar-Legationsrath Gabriel Freih. v. Herbert-Rathkeal zum Legationsrath zweiter Kategorie allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. dem Sections-Chef im Finanzministerium Alois Ritter v. Dessáry aus Anlaß der über sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen ausgezeichneten, mit treuer Hingebung geleisteten Dienste das Komthurkreuz des Franz-Joseph-Ordens mit dem Sterne allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. den Ministerialrathen im Finanzministerium Gotthard Freiherrn v. Buschmann und Joseph Reidlinger bei ihrer Uebernahme in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung ihrer vieljährigen, vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens mit Rücksicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. dem Ministerialsecretär im Finanzministerium Franz Freiherrn v. Kiesel das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. dem Ministerrathe im Finanzministerium Dr. Julius Fierlinger eine systemisirte Sectionschefstelle in diesem Ministerium allergnädigst zu verleihen geruht.

Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Februar d. J. allergnädigst zu verleihen geruht:

den Sectionsrathen Rudolf Ritter v. Prechtl, Anton Pelikan v. Plauenwald und Dr. Eduard Schön systemisirte Ministerialrathstellen im Finanzministerium; den Sectionsrathen im Finanzministerium Karl Ritter Schwabe v. Waisenfrennd und Karl Hampp den Titel und Charakter eines Ministerialrathes taxfrei; dem mit Titel und Charakter eines Sectionsrathes bekleideten Ministerialsecretär und Generalsecretär der Börselammer Dr. Joseph Bezecny, dann den Ministerialsecretären Ferdinand Buchaczek und Wilhelm Groß systemisirte Sectionsrathstellen im Finanzministerium;

den Ministerialsecretären Ludwig Malfatti von Rohrenbach, Franz Lysel und Heinrich Auerhammer den Titel und Charakter eines Sectionsrathes mit Rücksicht der Taxen;

dem mit Titel und Charakter eines Ministerialsecretärs bekleideten Ministerialconzipisten Karl v. Latour zu Thurmburg und dem Ministerialconzipisten Theodor Pichs systemisirte Ministerialsecretärstellen im Finanzministerium;

dann dem mit dem Titel und Rang eines Ministerialsecretärs bekleideten Ministerialconzipisten Emil Chertel auch den Charakter eines Ministerialsecretärs

und dem Ministerialconzipisten Karl Kleirath den Titel und Charakter eines Ministerialsecretärs mit Rücksicht der Taxen.

Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Linien-schiffs-Führer Arthur Grafen Sermage die k. k. Rämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren David Ed. Thorsch und Eduard Rosenbacher die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Böhmischer Sparverein“ mit dem Sitze in Prag erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über den Stand der inneren Fragen.

Die Wiener Journale vom 12. d. haben dem ersten Eindrucke, welchen das in seinen Grundzügen von uns gestern im Auszuge mitgetheilte Elaborat des Subcomités des Verfassungsausschusses bezüglich der galizischen Ansprüche auf sie hervorgebracht hat, bereits Worte verliehen.

Das Urtheil derselben geht im Allgemeinen dahin, daß im fraglichen Elaborate das Aeußerste an Concessionen geboten werde, was bei der Hochhaltung der Reichsinteressen dem Lande Galizien gewährt werden könne. „Das Elaborat des Subcomités“, sagt die „Presse“, „geht bis zu der äußersten Grenze dessen, was das Reich zu gewähren im Stande ist.“ Das genannte Blatt weist darauf hin, daß in dem Elaborate des Subcomités mehreren Wünschen Galiziens Rechnung getragen worden sei, welche selbst in der Grocholski'schen Vorlage unberücksichtigt geblieben waren, und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß nunmehr auch seitens der Abgeordneten aus Galizien ein freundliches Entgegenkommen zu Tage treten werde.

Die „Deutsche Zeitung“ kennzeichnet das Elaborat des Subcomités als ein Substrat für erfolgreiche Unterhandlungen und spricht die Meinung aus, daß die Möglichkeit einer Verständigung mit Galizien, welche so vielfach angezweifelt wurde, nunmehr zu einer Wahrscheinlichkeit geworden. „Das Elaborat des Subcomités des Verfassungsausschusses über die galizische Resolution — schreibt die „Tagespresse“ — dürfte große Befriedigung in allen patriotischen Kreisen hervorrufen. Es ist nach unserer Meinung der ernstliche und ehrliche Schritt zu einer dauernden Verständigung mit Galizien. Dem Lande werden darin werthvolle autonome Zugeständnisse gemacht und dabei doch überall auf die nothwendige Einheit des Reiches Rücksicht genommen. Die Verfassungspartei kann diese Zugeständnisse gewähren und Galizien kann mit denselben vollkommen zufrieden sein, wenn auch nicht alle Forderungen der bekannten Resolution darin erfüllt werden.“ Auch das „Fremdenblatt“ erklärt sich von den Ergebnissen der Verhandlungen im Subcomité befriedigt und meint, daß die Zugeständnisse, welche darin dem Lande Galizien gemacht würden, zwar bedeutende seien, aber doch in keiner Richtung wichtige Reichsinteressen schädigen. Alles dies gelte allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Abgeordneten aus Galizien die ihnen gemachten Zugeständnisse nicht als eine Abschlagzahlung, sondern als eine definitive Ordnung der Dinge entgegennehmen, ein Moment, welches auch vom „Neuen Fremdenblatt“ in bestimmtester Weise betont wird. In ähnlicher Weise äußert sich auch das „Tagblatt“ über das Elaborat des Subcomités, in dessen Bestimmungen es das äußerste Maß von Zugeständnissen an Galizien niedergelegt findet und deshalb der Zuversicht Ausdruck gibt, daß die Abgeordneten aus Galizien demselben ihre Zustimmung geben würden. Die „Vorstadt-Zeitung“ glaubt dem Subcomité und der Regierung, welche in demselben intervenirte, ihre Anerkennung nicht versagen zu können. In dem Elaborate sei die rechte Mitte zwischen den Forderungen Galiziens und den Bedürfnissen des Reiches getroffen und die Polen hätten allen Grund, sich mit den ihnen gewährten Concessionen zufriedenzustellen. Auch die „Morgenpost“ weist auf die Erweiterung des Wirkungskreises hin, welche dem galizischen Landtage im Comité-elaborate zugestanden wird, betont aber insbesondere, daß in demselben auch das Reichsinteresse streng gewahrt sei.

Die Journale außer Wien beschäftigen sich nunmehr mit dem Entwurfe eine Zusatzbestimmung zum § 18 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung. Der „Mährische Correspondent“ meint, die Vorlage sehe sich weit einfacher an als die seinerzeit vom Cabinet Hasner eingebrachte, und doch sei sie bei näherer Betrachtung weitgehender als dieselbe, da sie alle Fälle der Mandatserlöschung, freiwillige wie unfreiwillige, erschöpfend umfasse. Der Entwurf, zum Gesetze geworden, werde ausreichen, um Striktes ein Ende zu machen und die Ausnützung der Verfassungsformen zur Vernichtung der Verpflichtung möglichst zu verhindern.

Der „Pester Lloyd“ erblickt in der Vorlage einen nicht zu unterschätzenden Schritt nach vorwärts. Ohne von der normalen Bahn der Entwicklungen abzuweichen,

habe das Ministerium damit den Schwierigkeiten begegnet, welchen die Verfassung in Folge des Mißbrauches des Wahlmandates bisher stets ausgesetzt war. Es bedürfte keines Beweises, daß das, was man Stärkung der Verfassung nennt, zunächst auf's engste mit der Stärkung des Reichsrathes verbunden sei; erlange die Regierung die Zweidrittelmajorität für ihren Entwurf, so habe sie den Reichsrath gegen die Secessionen der Parteien so sichergestellt, als dies nach der heutigen Lage nur immerhin möglich sei. Die Vorlage lasse erkennen, daß der Action der Regierung ein klar durchdachter Plan und die beste Absicht zu Grunde liege.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. Februar.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersterg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr von Lasser, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, R. v. Echlumbeck, Dr. Banhans.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die sehr zahlreichen Petitionen (240 an der Zahl) werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen. Sie sind fast ausschließlich theils gegen die Einführung des Legalisirungszwanges gerichtet, theils wünschen sie die Einführung directer Wahlen.

Abg. Dr. v. Mayrhofer und Genossen interpelliren die Regierung hinsichtlich des in Frankreich beschlossenen Gesetzes, wonach die zur See unter fremder Flagge eingeführten Waaren mit einem höheren Zoll belastet werden sollen, Bezug nehmend auf den dieser Maßregel entgegenstehenden, bis zum Jahre 1877 dauernden Vertrag zwischen Frankreich und Oesterreich:

a. ob der h. Regierung bereits Eröffnungen von Seite der französischen Regierung über die Mehrbelastung der österreichischen Waaren gemacht worden sind; b. welche Stellung dieselbe hinsichtlich derselben einzunehmen gedenkt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Erster Gegenstand derselben ist die erste Lesung des Nothwahlgesetzes. Dasselbe wird über Antrag des Präsidenten dem Verfassungsausschusse zugewiesen.

Zweiter Gegenstand ist die Wahl des Ausschusses zur Berathung des Antrages des Abg. Dr. Knoll, die Aufhebung des Legalisirungszwanges für Grundbuchs-Urkunden und Gesuche bezweckend.

Gewählt erscheinen die Abgeordneten: Dr. Knoll, Dr. Knoll, Jasinöski, Dr. v. Demel, Dr. Kaiser, Dr. Steinbrecher, Wolfrum, Dr. Groß. Es erscheinen somit nur acht Mitglieder gewählt, weshalb zur Nachwahl eines Mitgliedes geschritten werden muß. Da nunmehr nur 85 Stimmzettel abgegeben wurden, mußte nach festgestellter Beschlussfähigkeit des Hauses der Wahlgang abermals wiederholt werden.

(Schluß folgt.)

Parlamentarisches.

Wien, 13. Februar.

Die „N.-E.“ veröffentlicht auszugsweise zwei Berichte aus den Commissionen des Herrenhauses, und zwar den Bericht der politischen Commission betreffend den Gesekentwurf, womit die auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung erfolgte Repartition der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve vereinbarten Rekrutencontingente genehmigt und die Anhebung derselben im Jahre 1872 bewilligt wird, und den Bericht der juridischen Commission über den Entwurf eines Gesetzes, womit zur Durchführung des Artikels 9 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R. G. B. Nr. 144, über die richterliche Gewalt, das Klagerrecht der Parteien wegen der von richterlichen Beamten in Ausübung ihrer amtlichen Wirksamkeit zugesägten Rechtsverletzungen geregelt wird.

Was den ersten Bericht anbelangt, so enthält derselbe den Antrag, das Herrenhaus wolle dem Gesekentwurfe, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, seine Zustimmung erteilen.

Dem vorliegenden Berichte über den zweiten Gesekentwurf entnehmen wir Folgendes:

Die juridische Commission des Herrenhauses hat die Berathung des Gesekentwurfes, womit zur Durch-

führung des Artikels 9 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt das Klagerrecht der Parteien wegen der von richterlichen Beamten in Ausübung ihrer amtlichen Wirksamkeit ihnen zugefügten Rechtsverletzungen geregelt wird, ebenfalls beendet. Der Bericht der Commission äußert sich im Großen und Ganzen zustimmend über das Gesetz, stellt aber doch im Einverständnis mit dem Justizminister zwei Abänderungs-Anträge zu den Paragraphen 9—11 des Gesetzes. Die Commission ging nämlich von der Ansicht aus, daß die Erklagen, von denen hier die Rede ist, nur dann durch ein dem Kläger günstiges Urtheil ihre Erledigung werden finden können, wenn erwiesen vorliegt, daß der Rechtsverletzung, aus welcher ein Erklagenanspruch gegen einen bestimmten gerichtlichen Beamten hergeleitet wird, die Uebertretung einer Amtspflicht von Seite eben dieses Beamten zu Grunde liege, oder — falls die Klage gegen den Staat allein erhoben ist, wenn wenigstens so viel erwiesen vorliegt, daß die Rechtsverletzung nur durch die Uebertretung einer Amtspflicht von Seite eines oder mehrerer, wenn auch unbekannter Beamten desjenigen Gerichtes erfolgen konnte, von welchem die als pflichtwidrig bezeichnete Amtshandlung ausgegangen war. Der Commission schien es daher nothwendig: a) dem § 10 des Regierungsentwurfes, welcher bei seinem meritorischen Inhalte zwischen den rein processualischen Anordnungen der Paragraphen 9 und 11 nicht wohl am Platze steht, als § 2 seine richtige Stelle anzuweisen, das in beiden Alineas dieses Paragraphs gebrauchte Wort „Nachweis“ aber — da es sich hier nicht etwa um einfache Befreiung, sondern um die gerichtlich-ordnungsmaßige Bewährung der entscheidenden Thatfachen handelt — durch das unzweideutige Wort „Beweis“ zu ersetzen; b) den Eingang des § 9, welcher den in der Klage aufzunehmenden Thatbestand bespricht, nach der oben präcificirten Auffassung zu berichtigen, womit die im § 11 vorkommende Verurteilung auf den § 9 erst ihre volle Bedeutung erhält.

Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung der Gesetzentwürfe über die Einzelhaft, die ständigen Strafvollzugs-Commissionen und die widerrufliche Entlassung der Sträflinge hat bisher drei Sitzungen gehalten und die Specialdebatte über die beiden erstgenannten Gesetzentwürfe fast vollständig erledigt. Der für diese Gesetzentwürfe gewählte Berichterstatter Dr. Ruzs beantragte beim Gesetze über die Einzelhaft einige Abänderungen in den Paragraphen 4, 5, 6 und 8 so wie die Einschaltung eines neuen Paragraphs, betreffend den Unterricht in den Strafanstalten. Es wurden im Ganzen nur unwesentliche Aenderungen vorgenommen. Im § 5 wurde über Antrag des Berichterstatters das imperative Moment der Arbeit als Regel hervorgehoben und die thunlichste Berücksichtigung des bisherigen Berufes, der früheren Beschäftigungsweise und Arbeitsfähigkeit des Sträflings eingeschaltet und bei § 9 kam die Frage zur Sprache, ob das Gesetz über die ständigen Strafvollzugs-Commissionen mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gesetzes über die Einzelhaft nicht besser in dieses letztere eingeschaltet werden sollte. Es wurde aber auch diese Frage bis nach Anhörung des Herrn Justizministers vertagt.

Das Gesetz über die widerrufliche Entlassung der Sträflinge wurde, als noch vielfacher Vorberathungen und Vorberathungen bedürftig, bisher noch nicht in den Kreis der Berathung gezogen, um so mehr, als man der Dringlichkeit des Gesetzes über die Einzelhaft bei dem Umstande Rechnung tragen zu müssen sich verpflichtet glaubte, als die beiden Strafanstalten in Karlsau und Stein in der Anzahl von 600 Zellen theils jetzt, theils in allernächster Zeit belegbar sein werden.

Der am 12. d. M. stattgehabten Sitzung des Finanzausschusses wohnte von Seite der Regierung Se. Excellenz der Herr Unterrichtsminister Dr. v. Stremaier bei.

Abg. Dr. v. Berger beantragt folgende Resolution: „Die Regierung wird aufgefordert, die verheißenen Vorlagen zur Ausfällung der durch die Lösung der mit dem heiligen Stuhle geschlossenen Convention in der Gesetzgebung über das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt entstandenen Lücken noch in dieser Session einzubringen.“

Bei der Abstimmung wird die von Abg. Dr. Berger beantragte Resolution angenommen.

Berichterstatter Dr. Benesch referirt bezüglich der Verwaltung der Güter des Religionsfonds, welche in die Agenden des Ackerbauministeriums übergehen sollen, und ist der Ansicht, daß die Verwaltung der Religionsfondsgüter im Cultusministerium concentrirt werden möge. Bei diesem Anlaß berichtet er auch über die 26 Petitionen des Clerus der Diocese Linz um Wiedereinsetzung des dortigen Bischofs in den Nuzgenuß der Religionsfondsgüter Garsten und Gleink und stellt den Antrag, über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Dr. Groß bemerkt, das Erträgniß der Güter Garsten und Gleink entspreche nicht dem Werthe dieser Güter. Man solle sie verkaufen und man werde eine äußerst günstige Rente für den Religionsfonds hereinbringen. Was die Wiedereinsetzung des Bischofs in den Nuzgenuß dieser Güter betrifft, so habe das Abgeord-

netenhaus schon im Vorjahre über die Rechtsfrage sich dahin ausgesprochen, daß der Nuzgenuß dem Religionsfonds und nicht dem Bischofe gehört.

Hierauf erstattet den Bericht Dr. Benesch über die Petitionen der Marburger Bezirksvertretung um Aufbesserung der Bezüge des niederen Clerus und spricht die Ansicht aus, daß diese Aufbesserung mit der besseren Verwaltung der Religionsfondsmittel Hand in Hand gehen müsse, weshalb er folgende Resolution beantragt: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, unverzüglich Einleitungen zu treffen, damit allen zur Zahlung der Religionsfondsteuer Verpflichteten die nach ihrem dermaligen Reineinkommen entfallende Religionsfonds- und geistliche Ausschlagssteuer schon für das Verwaltungsjahr 1873 zur Zahlung vorgeschrieben werde.“ Weiter möge die h. Regierung ersucht werden, die Reorganisation der katholisch-theologischen Facultäten in der den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Weise vorzunehmen. Die wesentlichen Bestimmungen der allgemeinen Studienordnung, insbesondere bezüglich der Maturitätsprüfung, habe auf die katholisch-theologischen Facultäten Anwendung zu finden.“

Beide Resolutionen so wie der Antrag des Berichterstatters, „daß die Petition der Bezirksvertretung von Marburg wegen Erhöhung der Bezüge des niederen Clerus der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten werde“, werden nach kurzer Debatte angenommen. Dagegen wurde bei Resolution 2 der Zusatz betreffend die Maturitätsprüfung abgelehnt.

Hierauf schreitet der Berichterstatter zum Vortrage über den eigentlichen Vorschlag für das Cultusministerium und beantragt, es seien in das Finanzgesetz für das Jahr 1872 einzustellen in die Rubrik „Staatsvorschuß zu katholischen Religionsfonds“ für Oesterreich unter der Enns ein Ueberschuß von 72.000 fl., für Ober-Oesterreich ein Ueberschuß von 21.000 fl., für Mähren ein Ueberschuß von 14.000 fl., für Schlesien weder ein Ueberschuß noch ein Abgang, für Salzburg nach der Regierungsvorlage ein Staatsvorschuß von 75.000 fl., für Tirol ein Staatsvorschuß von 12.000 fl., welche Anträge sämmtlich angenommen werden. Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung.

Politische Uebersicht.

Laibach, 14. Februar.

Das k. ungarische Handelsministerium beruft eine Enquete zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über Firma-Protokollirung ein. — Das k. ungarische Justizministerium unterbreitete dem Monarchen den Vorschlag zur Ernennung der Besitzer des Obersten Gerichtshofes für die Finanzangelegenheiten mit Rücksicht auf die croatischen Forderungen.

Die königl. ungarische Regierung beabsichtigt, den Reichstag Mitte März, also fünf Wochen vor dem gesetzlichen Ablaufe der Wahlperiode, aufzulösen. Der Beschluß findet bei der Deak-Partei großen Anklang, da diesfalls die Wahlen nicht in die Erntezeit fallen.

Das Organ der croatischen Nationalpartei, „Obzor“, bringt einen Bericht über das Resultat der jüngst in Ofen gepflogenen Unterhandlungen mit den Mitgliedern der croatischen Opposition. Dieser Bericht macht es unzweifelhaft, daß die croatische Nationalpartei heute nicht nur im Principe die Idee der Union zwischen Ungarn und Croatien annimmt, sondern an dem 1868er Ausgleichsgesetze selbst nur solche Modificationen zu erzielen wünscht, welche das Wesen desselben unangetastet lassen und daher um so eher annehmbar erscheinen, als die allgemeine Befriedigung nur zur Kräftigung desselben beitragen kann.

Se. Majestät der König von Württemberg hat, nachdem der am dortigen Hofe beglaubigt gewesene k. und k. österr.-ung. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Freiherr v. Walterkirchen von seinem Posten abgerufen worden ist, den an Stelle des genannten Gesandten in gleicher Eigenschaft neu accreditirten Ritter v. Pfusterschmid-Hartenstein in Audienz empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

Das vom preussischen Abgeordnetenhaus angenommene Schulaufsichtsgesetz lautet: § 1. Unter Aufhebung aller in einzelnen Landestheilen entgegenstehenden Bestimmungen steht die Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zu. Demgemäß handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates. § 2. Die Ernennung der Local- und Kreis-Schulinspectoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inspectoren der Volksschule ertheilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich. Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. § 3. Unberührt durch dieses Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Theilnahme an der Schulaufsicht. — Die „Kreuzzeitung“ meint, die geringe Majorität im Abgeordnetenhaus für das Schul-Aufsichtsgesetz gleiche einer Ablehnung, die Regierung möge das Gesetz zurückziehen, da die Mehrheit des Landes dagegen sei. Die Conservativen verlangen für das Opfer ihrer Ueberzeugung in der deutschen Frage, daß man ihr Festhalten an den altpreussischen Grundsätzen für Schule

und Kirche nicht unterschätze. — Zwischen Bismarck und der englischen Regierung droht ein Conflict. England beabsichtigt starke Befestigung Helgolands, das erforderliche Material ist bereits auf die Inseln gebracht. Bismarck protestirt gegen die Armirung, weil Deutschland die Sperrung der Elbemündung nicht zulassen könne.

Die „Independance belge“ berichtet über die Lage in Frankreich folgendes: Im Schoße der Nationalversammlung gibt sich ein immer mehr um sich greifendes Gefühl der Ermüdung kund, welches nur dem Entschlusse, endlich die Zukunft des Landes auf eine definitive Art zu regeln, dienlich sein kann. Der Status quo verliert langsam, aber unausgesetzt an Terrain, und der Waffenstillstand von Bordeaux hat keine Geltung mehr. Mehrere monarchische Auskunftsmitel sind nach einander in Antrag gebracht und wieder verworfen worden. Im rechten Centrum beabsichtigt eine gewisse Anzahl Mitglieder die Prinzen von Orleans zu einer constitutionellen Manifestation, zur Rundgebung einer Art von Programm zu drängen, das die Antwort auf die Erklärungen des Grafen von Chambord und auf die Chartre, die derselbe zu octroyiren vorbereitet, bilden soll. Diese Bestrebungen werden jedoch keinen Erfolg haben. Die Prinzen von Orleans, die, zum Glück für sie, nicht den Muth zu einer That haben, welche im gegenwärtigen Augenblicke eine verbrecherische wäre, die sich jedoch leider auch nicht entschließen können, ihre Entfugung laut zu verkünden, werden gewiß schweigen. Auch ist das rechte Centrum sehr uneinig, so daß einige Mitglieder dieser Partei einsehen, daß nur noch die Republik möglich ist, und daher der sehr vernünftigen Meinung sein sollen, für die Aufrechthaltung dieser Staatsform und deren Fortentwicklung in den Bahnen der Mäßigung zu wirken. Wenn man jedoch auch erkennen muß, daß sich diese Ueberzeugung in der Nationalversammlung allmählig Bahn bricht, so glaubt man doch nicht, daß sie schon Kraft genug gewonnen hat, um die Versammlung zu zwingen, einen Entschluß zu fassen. Die Kammer wird es nicht wagen, die Monarchie zu decretiren, und auch nicht zustimmen, die Republik zu gründen. Es wird jedoch ein Augenblick kommen, wo diese Ohnmacht so augenscheinlich sein, wo diese Unentschlossenheit die Nationalversammlung in ihren eigenen Augen so strafbar machen wird, daß sie nicht mehr wird widerstehen können, ihre eigene Auflösung zu decretiren. Dieser Moment ist allerdings noch nicht da, doch ist er näher, als man es glaubt, und wir sind bereits sehr weit von jener Phase entfernt, in der die Nationalversammlung ihre Unaußhörlichkeit zu bestätigen und die Rolle einer Constituante in Anspruch zu nehmen schien.

Der „Siecle“ veröffentlicht eine Petition an die Nationalversammlung gegen den obligatorischen und weltlichen Unterricht, die von den französischen Bischöfen gegenwärtig in Circulation gesetzt wird. Das Schriftstück protestirt gegen den obligatorischen Laienunterricht, verlangt, daß der Unterricht nur für die Armen unentgeltlich sei, und schließt mit den Worten: „Möge den Familienvätern die Freiheit gelassen werden, nach ihrem Glauben und nach ihren Grundsätzen die Erziehungsmethode zu wählen, welcher sie den Vorzug geben; mögen sie in jeder Gemeinde souverain entscheiden zwischen dem Unterricht durch Laien oder durch Congregationisten, und möge in allen Gemeinden, wo mehrere Schulen bestehen, die officielle Subvention verhältnißmäßig nach der Zahl der Schüler für jede Schule festgestellt werden, so werden die Wünsche der Unterzeichneten erfüllt sein.“ — Das genannte Blatt schreibt weiter: „Man versichert uns, daß der Kriegsminister soeben mehrere Officiere, darunter auch einige höhere, welche der Theilnahme an bonapartistischen Intriguen überführt worden waren, aus den Armeelisten gestrichen hat. Das „Journal Officiel“ soll nächstens diese Verfügung, jedoch ohne Angabe der Motive, veröffentlichen.“

Ein Pariser Telegramm meldet: Es ist kaum mehr zu bezweifeln, daß die Regierung mit der Rothschild'schen Finanz-Combination in Betreff der drei Milliarden Kriegsschuld sich einverstanden erklärt, aber Thiers und Poucher-Quertier bestehen darauf, daß vorher die vierte Halbmilliarde abgetragen werden muß. Es wird somit das Geschäft kaum vor dem 15. April perfect werden.

Der „Univers“ veröffentlicht eine Depesche aus Rom 12. d., welche die Nachricht, daß Cardinal Antonelli das auf Elsaß-Lothringen bezügliche Concordat vom Jahre 1801 gekündigt habe, als unrichtig erklärt.

Die „Correspondencia“ meldet: In Madrid hat am 7. d. eine lange Conferenz zwischen den Herren Sagasta, Lopez, Serrano und Ayala stattgefunden. Das Blatt versichert, daß, obwohl für den Augenblick ministerielle Veränderungen nicht in Aussicht genommen seien, dennoch zwischen der Regierung und der conservativen Partei das beste Einvernehmen bestehe. Die in der oberrühnten Conferenz ausgetauschten Erklärungen seien durchaus zufriedenstellend gewesen. Es bleibt abzuwarten, in welchem Zusammenhange diese Nachrichten mit den Mittheilungen über ein von Seiten des Marschalls Serrano angeblich dem Ministerium vorgelegtes Programm mit sechstägiger Bedenkfrist stehen. Der Ministerrath ist noch am Abend desselben Tages zu einer längeren Conferenz zusammengetreten.

Die „Officielle Zeitung“ in Belgrad veröffentlicht den Präliminarvertrag mit Baron Hirsch wegen der serbischen Bahnen und fordert etwaige Concurrenten auf, innerhalb vier Monaten vom 10. Februar an ihre Bedingungen bei der serbischen Regierung einzureichen.

Der Adjutant des Fürsten von Montenegro, Radonic, ist in Scutari angekommen, um die Unterzeichnung des abgeschlossenen Grenzvertrages zu urgiren; bis dahin hat Fürst Nikola abermals die Grenzsperr angeordnet. Die Vollmachten aus Constantinopel werden täglich erwartet.

Ueber die Alabamafrage sagt „Herald“: „Sollte der Versuch, die Alabamafrage durch das Schiedsgericht in Genf zu lösen, scheitern, so sind es nicht die Vereinigten Staaten, die Eile haben, die Rechnung in Ordnung zu bringen. Im Falle einer Provocation werden wir uns Canada's bemächtigen können. Das selbe Blatt bedauert, daß der Senat den Amnestie-Entwurf verworfen habe; dies sei eine Herausforderung des Südens im gegenwärtigen kritischen Momente. Was Irland für England im Falle eines Krieges ist, nämlich die Quelle von Besorgnissen, das selbe ist der Süden für die Vereinigten Staaten. England könnte die Unzufriedenheit im Süden schüren und wieder einen Aufstand heraufbeschwören, den wir mit allen Anstrengungen nicht zu unterdrücken vermöchten. — Die „New-York Times“ sagt, daß das amerikanische Volk in der Ansicht übereinstimme, daß die Diplomaten die bestmögliche Grundlage zur Lösung der Schwierigkeiten gefunden haben. Wenn England die Lösung zurückweist, so ist es England, das sich Gefahren aussetzt, nicht aber wir. „World“ schlägt einen Vergleich vor, wonach England eine erhebliche Summe Amerika anbieten sollte gegen Verzichtleistung auf jenen Theil des Vertrages, welcher sich auf die Alabamaforderungen bezieht. Amerika könnte ein solches Anerbieten annehmen, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Alle Journale glauben an eine friedliche Lösung der obschwebenden Differenzen.“

Der Dampfer „Vague“ brachte folgende Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 22. Jänner: Das Staatsratsmitglied Biscardo Itaboraj ist gestorben. In Zondil, in der argentinischen Republik, wurden 36 Ausländer durch Gauchos, welche von einem gewissen Soedane fanatisirt wurden, ermordet; 16 Mörder wurden hingerichtet, 14 befinden sich noch in Haft.

Weltausstellung 1873 in Wien.

Im Laufe dieser Woche haben vier Abtheilungen der kaiserlichen Commission, sowie mehrere Subcomités Sitzungen abgehalten. Zum erstenmale versammelt hatte sich die Abtheilung XVIII. (für die Betheiligung des Auslandes) am 6. Februar. Dieselbe wählte Se. Excellenz den Herrn Grafen Potocki zum Präsidenten und Se. Excellenz den Herrn Sectionschef v. Hofmann zum Vice-Präsidenten. Als Referent fungirte Herr Hofrath Max Freiherr v. Sager. Der General-Director gab der Versammlung Aufklärungen über die Raumvertheilung im Ausstellungsgebäude, bei welcher die Reihenfolge der Länder von Osten nach Westen in der Weise festgestellt wurde, wie die geographische Lage der Productionsgebiete auf der Landkarte ersichtlich ist. Der General-Director erstattete hierauf eingehenden Bericht über die Vorbereitungen, die bisher von Seite des Auslandes für die Beschickung der Ausstellung getroffen wurden, über Bestellungen der General-Commissäre und die Ernennung der Commissionen der verschiedenen auswärtigen Regierungen, an welche Mittheilungen eine eingehende Discussion geknüpft wurde.

Die Abtheilung I (Finanzwesen, Verwaltung des Weltausstellungsfonds, gesammte Geldgebahrung, Rassewesen, Controle und Buchhaltung), welcher die Herren Dr. F. Ritter v. Egger, H. Ritter v. Gödel, M. Gompertz, D. Abt Helfertorfer, F. Ritter v. Hopfen, Th. Ritter v. Hornbostel, S. M. Jägermayer, Joh. Graf Larisch-Mönnich, Dr. E. Freiherr v. Mayran, J. Freiherr v. Pipitz, Jg. Edler v. Plener, M. v. Pollak, J. Ribarz, Anf. Freiherr v. Rothschild, Emil Seydel, M. Freiherr v. Wodianer, C. Ritter v. Zimmermann-Göllh im angehören, hielt am 7. d. M. eine Sitzung ab, in welcher Se. Excellenz Herr Dr. Jgn. Edler v. Plener zum Präsidenten und Se. Excellenz Herr Josef Ritter v. Pipitz zum Vice-Präsidenten gewählt wurden. Als Referent fungirte der Bankgouverneur-Stellvertreter Herr Joh. Ribarz.

Der General-Director entwickelte ein Bild des Finanzwesens der Ausstellung, theilte den Wortlaut des Nebereinkommens mit der Creditanstalt mit und sprach unter Anderem die Erwartung aus, daß vielleicht das bei der Ausstellung einzuführende Cirkulirwesen beitragen werde, letzterem, wie dies im Auslande der Fall ist, auch in Wien allgemeineren Eingang als bisher zu verschaffen. Herr Joh. Ribarz erstattete den Rechenschaftsbericht über den von ihm organisirten Rasse-, Control- und Buchhaltungsdienst, sowie über die Geldgebahrung vom 1. Juni bis 31. September 1871, aus welchem ersichtlich ist, daß der Gesamtaufwand für die Ausstellung in diesem sechsmonatlichen Zeitraume 212.223 fl. 75 kr. betrug, wovon 59.264 fl. 93 kr. Regie, 134.544 fl. auf den Bau kommen und 18.424 fl. 83 kr. sich in schwebender Rechnung befinden. Der General-Director

legte ferner eine Expoé vor, welches in dem Antrage gipfelte, im Prater für den bereits jetzt sehr lebhaften und täglich sich mehrenden Besuch des Ausstellungsgebäudes ein Eintrittsgeld einzuhoben; demzufolge wurde beschloffen, schon vom 15. d. angefangen, den Besuch nur gegen Entgelt von 10 kr. zu gestatten. Hierauf schritt die Versammlung zur Bildung dreier, je aus drei Mitgliedern bestehenden Subcomités, und zwar: eines Executiv-comités, eines zweiten zur Behandlung aller auf den Garantiefonds sich beziehenden Fragen und eines dritten für die Organisation, Durchführung und Ueberwachung des Rassedienstes im Prater. Aus der Wahl gingen hervor: für das ersterwähnte Comité die Herren: Johann Ribarz, Zimmermann-Göllheim und Pollak; für das zweite Comité die Herren: Hopfen, Gödel, Egger, und für das dritte Comité die Herren: Jägermayer, Seydel und Gompertz.

In der unter dem Vorsitze Sr. Durchlaucht des Fürsten Schwarzenberg stattgehabten sechsten Sitzung der Abtheilung XIV (Landwirtschaft) wurde für die Abhaltung der Ausstellung von Rindern, Schafen, Schweinen u. die Zeit vom 31. Juni bis 9. Juni festgesetzt. Weiter wurde beschloffen, die Plagmiethe (Standgeld) für die Tage der Ausstellung, inclusive der Auf- und Abtriebstage für ein Rind mit 10 fl. und für einen Schaf- oder Schweinestand ebenfalls mit 10 fl. zu normiren. Sodann wurde zur Wahl von zwei Comités geschritten: 1. zur Begehung und Bestimmung des Platzes für die Thierschau; 2. für die Bestimmung des Platzes, auf welchem die Errichtung des für die Blumenausstellung erforderlichen Glashauses vorgenommen werden soll. Die Pferde-Ausstellung soll in den Tagen vom 18. bis 27. September stattfinden. Die unmittelbare Leitung derselben hat ein Special-Comité unter dem Vorsitze seiner Excellenz des Generals der Cavallerie, Karl Grafen Grünne, übernommen.

Einer Meldung aus Berlin zufolge ist die Ernennung der Ausstellungs-Commission für die Betheiligung des Deutschen Reiches an der Weltausstellung bereits erfolgt. Die Commission wird am 15. d. ihre erste Sitzung abhalten. Der Herr Präsident der württembergischen Centralstelle für Handel und Gewerbe, Se. Excellenz Dr. v. Steinbeis, trifft morgen aus Stuttgart hier ein, um sich über Wien nach Berlin zur Eröffnungssitzung der deutschen Commission zu begeben.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Protector der Ausstellung Herr Erzherzog Karl Ludwig geruhte gestern den Ausstellungsplatz im Prater zu besuchen und in eingehender Weise die fortgeschrittenen Arbeiten in allen Details zu besichtigen. Se. k. Hoheit verweilte längere Zeit auf dem Ausstellungsplatze, ließ sich die leitenden Personen vorstellen und drückte seine vollste Befriedigung über den Gang der Arbeiten aus.

Letztere sind nun so weit gediehen, daß der Besucher ein Bild der Dimensionen gewinnt, welche die Ausstellungsgebäude annehmen werden, deren verschiedene Bestimmungen bereits durch an mehreren Punkten angebrachte Tafeln ersichtlich gemacht ist. Nachdem nunmehr über 5000 Piloten geschlagen sind, schreitet auch die Legung der Rappbäume vorwärts. Die zur Aufstellung der Säulen der großen Rotunden bestimmten Fußplatten sind vorgestern aus Harcorten hier eingelangt und im Prater abgeladen worden. Dieselben haben ein Gewicht von 500 Centnern.

In den nächsten Tagen wird mit dem Versetzen der Bäume und den Vorarbeiten für die Herstellung der Parkanlagen begonnen werden.

Vom 12. Februar angefangen werden Ankünfte bezüglich der Regulirung des Wurstelpraters ertheilt: Praterstraße 42, 3. Stock, im Bureau der Abtheilung IV.

Nach einer Mittheilung, die uns heute aus Berlin zugeht, ist die Reichscommission für die Vorbereitungen zur Beschickung der Weltausstellung 1873 in Wien in folgender Weise zusammengesetzt: Vertreter von Preußen: der kön. preuß. wirl. geh. Oberregierungs-rath und Ministerialdirector Herr Moser, der k. preuß. geh. Commerzienrath Herr Rademach, der k. preuß. Berg-rath Herr Wedding, der k. preuß. Regierungs-assessor Herr Rieberding; Vertreter vom Königreiche Sachsen: der k. sächsische Regierungsrath Herr Dr. Wiesner; Vertreter vom Königreiche Baiern: Herr Dr. Professor Rudolf Wagner; Vertreter von Königreiche Württemberg: der k. württembergische Präsident Herr Dr. v. Steinbeis; Vertreter von Baden: der großherzoglich badische Ministerialrath Herr Turban; Vertreter von Hessen: der Präsident der hessischen Centralstelle für Gewerbe und Handel und der Landesgewerbevereine, Herr geh. Rath Schleiermacher; Vertreter von Mecklenburg-Schwerin: der v. m. schw. Ministerial-rath Herr v. Dippe; Vertreter v. Braunschweig: der g. b. Prof. Dr. Warrentzapp; Vertreter von Sachsen-Meinigen: der h. s. Regierungsrath Herr Dr. Heim.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre kais. Hoheiten Kronprinz Rudolf und Erzherzogin Gisela sind am 12. d. in Ofen eingetroffen. — Ihre kais. Hoheiten Erzherzog Rainer und dessen durchlauchtige Frau Gemalin sind am 12. d. nach Bozen abgereist. — Der Fieberzustand bei Ihrer kais. Hoheit

der Frau Erzherzogin Antoinette hat sich vermindert.

— Die regierende Herzogin von Sachsen-Meiningen, Feodora, ist in der Nacht auf den 10. d. M. am Scharlachfieber gestorben. — Kronprinz Humbert von Italien soll gegen Ende Februar Sicilien und Sardinien besuchen. — Prinz Alfons von Asturien, der älteste Sohn der Ex-Königin Isabella von Spanien, wird in der Theresianischen Akademie in Wien erzogen. — Zu dem Hofballe am 12. d. in Neapel wurden 5000 Einladungen ausgegeben.

— (Unter den neu ernannten Mitgliedern für die Weltausstellung) befinden sich außer dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, dem Leiter des Landesverteidigungs-Ministeriums und den Rectoren der beiden Wiener Hochschulen eine Anzahl Namen aus der technischen und commerziellen Welt.

— (Das Herrenhaus) hält am Freitag den 16. Februar l. J. 11 Uhr Vormittags seine vierte Sitzung.

— (Die Assentirung in den Ländern der ungarischen Krone) wird mit 10. Februar beginnen, und es soll selbe, nach ergangener Weisung an die sämtlichen Jurisdictionen, mit aller Strenge durchgeführt werden, um den fast unausrottbar scheinenden Mißbräuchen gründlich zu steuern.

— (Für Grillparzers Gesamtwerke) hat die Cotta'sche Buchhandlung 25 Tausend Gulden in S.-M. angeboten.

— (Die Zahl der Schöblinge) in Wien steigt alljährlich. Es werden monatlich im Durchschnitt 1800 bis 2000 Personen aus unterschiedlichen Gründen von dort nach ihrer Heimat in die Provinzen und über die Grenze zwangsweise abgeschafft.

— (Die Grazer freiwillige Turner-Feuerwehr) zählte nach Abschluß des Jahres 1871, wie Grazer Blätter berichten, 115 active und 386 unterstützende Mitglieder. Sie wurde im Verlaufe des Jahres 14 mal allarmirt und rückte 13 mal mit Geräthen aus.

— (Ein Magnetiseur origineller Art.) Die Pinger „Tagespresse“ erzählt: Ein Bauer, der zur Behandlung eines Leidens nach Piz gekommen war, wurde von einem Manne, der sich für einen Arzt ausgab und dem Bauer vorspiegelte, dessen Krankheit mittelst Magnetismus heilen zu können, von demselben mit seiner Einwilligung, angeblich zum Zwecke des Magnetisirens, auf einem Sessel derart angebunden, daß er sich nicht rühren konnte, worauf der angebliche Arzt die vom Bauer abgelegten Schmucksachen und seine Brieftasche sammt Inhalt entwendete und damit verschwand.

— (Neue Ausgabe von „Romeo und Juliet“). Am 6. d. Abends wollte der 22jährige Schneidergeselle Georg S. zu Leonfelden aus Liebesgram sich und seine Geliebte erschießen; er feuerte eine Pistole auf das Mädchen ab, welches schwer verletzt wurde. Hierauf schoß er die Pistole gegen sich selbst ab, wobei er sich ebenfalls lebensgefährlich verletzte.

— (Muttermord.) Man schreibt dem Brünner „Tagesboten“ aus Mähr.-Trübau unterm 6. Februar: Gestern wurde die 50 Jahre alte Ausgebirgsgattin Theresia Fischer in Reichenau in ihrem Hause erschlagen aufgefunden. Der Mord wurde mit einer Stange verübt, die zum Aufhängen der Kleider diente. Die Stange war in mehrere Stücke zerbrochen und mit Blut besetzt. Als mutmaßlicher Thäter wurde ihr eigener Sohn von der Gendarmerie verhaftet, welcher mit den Eltern wegen des ihnen auszufolgendes Ausgebirgs in Streit geriet und schon öfter erklärte: „Er werde der Mutter das Lebenslicht ausblasen.“ Der Sohn leugnet zwar die That, doch waren bei seiner Verhaftung die Kleider mit Blut besudelt und er kann kein Alibi nachweisen.

— (Mit neuen Gewehren) wird die gesammte deutsche Infanterie noch im Laufe dieses Jahres ausgestattet werden. Das Kaliber der Gewehre ist conform dem Chassepotsystem und das Gewicht etwa zwei Pfund leichter, als das des Büdnadelgewehrs.

— (Die schwerste Frau.) Namens Génio, eine Stechviehhändlerin in Paris, ist am 7. d. gestorben, sie wog 514 Pfund.

— (Ein großer Topf voll Goldmünzen) wurde am 8. d. zu Benevent im Neapolitanischen aufgefunden. Die Münzen sind sämtlich aus der Zeit König Manfred's und tragen auf der einen Seite das Wappenschild, auf der andern den Adler der Hohenstaufen.

— (Mißverständnis.) In einem Eisenbahn-Coupe befindet sich eine alte Dame. Der Train hält, und zwei junge Herren, Cigarren dampfend, nehmen in demselben Coupe Platz. Die Dame, ob des Qualmes erzürnt, fragt den Conductor „Ist es denn erlaubt, in diesem Coupe zu rauchen?“ — „Wenn die Herren brin nichts dagegen haben,“ antwortete dienstwillig der Conductor, „so können gnädige Frau getrost rauchen.“

Locales.

Bericht über die Landesausschussung vom 9. Februar.

Die Mittheilung des k. k. Landespräsidiums, daß das vom krainischen Landtage schon wiederholt beschlossene Gesetz in Betreff der Unterrichtssprache an Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten die a. h. Sanction abermals nicht

erlangt hat, wird dem nächsten Landtage zur Kenntniß gebracht werden.

Die Gemeindevorsteher von St. Barthelma und Semit wurden über ihr begründetes Einschreiten ihrer Amtposten enthoben und in den genannten Gemeinden Neuwahlen der Gemeindevorsteher angeordnet.

In Folge der Petition einer Landgemeinde um Erlassung eines Landesgesetzes über die Armenversorgung werden die jetzigen Vorschriften über die Armenverpflegung und die einschlägigen Landtagsverhandlungen und Beschlüsse anderer Landesvertretungen in Erwägung gezogen werden.

Da von den Gemeinden mitunter die Strafgelehrer für Uebertretungen des Forst- und Feldschutzgesetzes nicht dem Landesculturfonds zugeführt werden, wurde in dieser Richtung die Erlassung eines Circulars an alle Gemeindevorstände beschlossen.

Wegen notwendiger Aenderung der jetzigen Gemeindeordnung für die Landgemeinden wurde auf den 23. Februar eine Vorbesprechung anberaumt, zu welcher außer Regierungsorganen auch mehrere Gemeindevorsteher aus verschiedenen Landestheilen eingeladen werden, wobei die Mängel der jetzigen Gemeindeordnung und die Stellung der Untergemeinden zu den Hauptgemeinden ganz besonders den Gegenstand der Erörterung bilden werden.

(Zur Dotation des niederen Clerus.) Telegramme melden, daß die österreichischen Bischöfe eingeladen wurden, sich des chhestens über die Frage zu äußern, ob die Aufbesserung der Bezüge der Seelsorger dringend notwendig sei und wie dieselbe zu bewerkstelligen wäre. Dem Vernehmen nach ist auch dem hiesigen hochw. Herrn Fürst-Bischofe eine derartige Einladung zugekommen.

(Die Laibacher Seminaristen) haben, wie die Grazer „Tagespost“ erzählt, einen Protest gegen die Resolution des hiesigen constitutionellen Vereins wegen Aufhebung der Seminaristen veröffentlicht. In demselben wird behauptet, daß die Geistlichkeit und das Jesuitenthum immer alle ihre Kräfte der Wissenschaft, und zwar der wahren, nicht der Lügenwissenschaft, gewidmet haben. Die päpstliche Unfehlbarkeit werde trotz Döllinger und seinem Anhang, trotz dem constitutionellen Vereine, trotz Teufel und Großmutter vom Aufgang gegen Untergang, von Süd gegen Nord gelehrt werden, so lange die Erde sich um ihre Ase drehe.

(Eine slovenische Gewerbebank) mit dem Sitz in Laibach soll demnächst gegründet werden. Der Zweck derselben soll darin bestehen, die heimatischen Gelder nicht fremden ausländischen, sondern einem heimatischen Geldinstitute zuzuführen.

(Spende.) Herr Franz Malby, Lederer, hat für die freiwillige Feuerwehr den Betrag von 4 fl. gespendet.

(Aus dem Vereinsleben.) Hiesigen Beamtenkreisen theilen wir mit, daß der erste österreichische Beamtenstag in Wien nachstehende Resolutionen mit Stimmeinheit angenommen hat: 1. Es ist eine Existenzfrage der öffentlichen und Privatbeamten, daß eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Bezüge sogleich durchgeführt werde. 2. Im Hinblick auf die im Jahre 1873 ins Leben tretende Weltausstellung, durch welche voraussichtlich eine noch größere Steigerung der Preise der nöthigsten Lebensbedürfnisse Platz greifen wird, ist es dringend nöthig, daß nebst der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der in Wien und Umgebung domicilirenden öffentlichen und Privatbeamten eine ausgiebige Theuerungszulage für jenes Jahr bewilligt werde. 3. Es ist im Interesse der Privatbeamten dringend geboten, ein Gesetz zu erwirken, nach welchem nur ein Drittel der Bezüge des Privatbeamten der gerichtlichen Execution unterzogen werden kann. 4. Der erste allgemeine Beamtenstag erklärt es als eine patriotische Pflicht, öffentlich auszusprechen und anzuerkennen, daß in Würdigung der auf Leistung und Gegenleistung basirten Stellung der Beamten von Seiten dieser, bei gewählter Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage, eine erhöhte geistige Thätigkeit überhaupt entgegengebracht werden muß. 5. Der erste allgemeine Beamtenstag erkennt jedoch

die Erreichung dieses Zieles nur dann für möglich, wenn die sociale Stellung der Beamten durch eine Dienstpragmatik der öffentlichen Beamten und durch eine gesetzliche Regelung des Dienstverhältnisses der Privatbeamten gesichert wird. 6. Die letzte Resolution betont die Nothwendigkeit der alljährlichen Einberufung eines Beamtentages zur Hebung und Wahrung der Standes-Interessen, gleich den Juristen- und Lehrertagen.

(Theaterbericht.) Die gestrige Vorstellung — eine Wiederholung des erst vor zwei Tagen gegebenen Schwankes „Müller und Müller“ und der Operette „Fizlipuzli“ war sehr schwach besucht. Der Aschermittwoch äußerte auf das Publicum und theilweise auch auf die Schauspieler seine Wirkung. Nach dem vorausgegangenen viertägigen aufregenden Faschingsleben mußte nothwendig ein Tag der Abspannung eintreten.

Eingeseendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die delicate Revalesciere du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die nachfolgenden Krankheiten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Tränen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasser sucht, Fieber, Schwindel, Blutaussitzen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden: Certificat Nr. 48421.

Neustadt, Ungarn. Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört; ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revalesciere befreit.

J. L. Sterner, Lehrer an der Volksschule. Gufen in Steiermark, Post Birfeld, 19. November 1870. Hochgehrter Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß bestätige ich die günstige Wirkung der Revalesciere, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entsetzlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähbäl und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Vincenz Stainingger, pensionirter Pfarrer. Näherhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

Zu Blechbüchsen von 1/2 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Warburg J. Kolleting, in Klagenfurt P. Birnbacher, in Graz Gebüder Oberranzmayr, in Innsbruck Diechtl & Franl, in Linz Haselmayer, in Pest Lördt, in Prag J. Fürst, in Brunn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

Wien, 14. Februar. Fürst Auersperg hat die Deputation des Beamtentages wärmstens empfangen und mit seinen Worte verbürgt, bis zur gründlichen Regulirung aller Gebühren dem Beamtenstande in kürzester Zeit eine eindruckliche Verbesserung angeheihen zu lassen.

Pest, 14. Februar. Der Kaiser kommt am 20ten d. M. zu längerem Aufenthalte nach Ofen, die Kaiserin wird daselbst Mitte März erwartet. Das Bankcomité des Dealclubs erledigte vollständig die gesammte Bankangelegenheit.

Krakau, 13. Februar. Das durch die „Deutsche Zeitung“ bekannt gewordene Elaborat des Subcomités wird in Galizien trotz mancherlei Ausstellungen mit Zufriedenheit angenommen. Allgemein herrscht die Ansicht, daß es Pflicht des Polen-Clubs sei, im Reichsrathe zu bleiben, wozu übrigens laut Meldungen aus Wien, derselbe entschlossen ist.

Telegraphischer Wechselkurs vom 14. Februar. Spec. Metalliques 62.80. — Spec. Metalliques mit Gold und November - Zinsen 62.80. Spec. National - Anl. - 71.15. — 1860er Staats-Anl. 104. — Bank-Actien 846. — Credits Actien 353. — London 113.35. — Silber 111.75. — R. 1 Münz-Ducaten 5.42 — Napoleons'or 9.02

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 14. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide und 14 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Grain types (Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfrucht, Weiden, Hirse, Kalmuz, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Fisoln, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck), Units (Mtr., Wsz., fl. tr., fl. tr.), and Prices (Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner pr. Stück, Tauben, Hen pr. Centner, Stroh, Holz, Wein, etc.).

Angekommene Fremde.

Am 13. Februar. Elefant. Starja, Besizer, St. Marcin. — Pocerit, Besizer, St. Marcin. — Karmeyer, Kaufm., Pest. — Goebel, Kaufm., Wien. — Kapor, Warburg. — Pollak, Kaufm., Wien. Stadt Wien. Hopperger, Kaufm., Agram. — Kumava, Kaufm., Agram. — Oshansen, Ingenieur, Radmannsdorf. — Preindel, Kaufm., Wien. — Lindner, Kaufm., Dresden. — Fedner, Kaufm., Wien. — Hanisch, Montanistler, Johannisthal. — Vater, Fabricant, Wien. Mohren. Trombeta, Geometer, Görz.

Theater.

Heute: Zum Vortheile der Operettensängerin Cäcilie Oberhardt: Die Hochzeit bei der Laterne. Operette in einem Act von Offenbach. Der Mord in der Kohlmeßergasse. Posse in einem Act von Berger. Französisch. Lustspiel in einem Act von Görner.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date (Februar), Time (Zeit), Observation (Beobachtung), Wind direction (Windrichtung), Wind speed (Windstärke), Visibility (Sichtweite), and Temperature (Temperatur). Data for Feb 14, 15, 16.

Seit 2 Uhr Morgens Schneefall bis Nachmittag anhaltend, frische Schneedecke 3 Zoll mächtig. Das Tagesmittel der Wärme + 0.7°, um 10° über dem Normale. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmair.

Dankagung. Für die große Theilnahme während der Krankheit, sowie für die zahlreiche ehrende Begleitung beim Leichenbegängnisse der Frau Katharina Mayr geb. Malby sagen den herzlichsten Dank die trauernden Hinterbliebenen. Laibach, am 13. Februar 1872. Leichenbestattungs-Anstalt des H. Döberlet in Laibach.

Börsenbericht. Wien, 13. Februar. Die Börse war ungemein animirt und nicht nur für Speculationspapiere lauschtig. Allerdings waren Credit- und Anglo-Actien diejenigen Effecten, bei welchen sich die Thätigkeit der Speculation concentrirte, aus Ursachen, welche mit dem Stande des ungarischen Eisenbahngeschäftes zusammenhängen.

Large table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld (for 100 fl.), B. Actien von Bankinstituten (Anglo-österreich. Bank, etc.), C. Actien von Transportunternehmungen (Alföld-Finmaner Bahn, etc.), D. Actien von Eisenbahnen (Franz-Josephs-Bahn, etc.), E. Actien von anderen öffentlichen Anleihen (Donau-Regulirungslose, etc.), F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen (Öst.-Westb. in S. verz., etc.), H. Wechsel (3 Mon.), I. Cours der Geldsorten (R. Münz-Ducaten, etc.).